

Butter bei die Fische

Der Umweltausschuss kam am Tag vor dem Himmelfahrtsfest im Rathaus zusammen, um sich über das Projekt „ProBürgerSolar“ informieren zu lassen. Als Referent eingeladen worden war der Projektleiter Dr. Olav Vollstedt.

Von Klaus Plath

Tornesch. Die Sonne ist eine schier unerschöpfliche Energiequelle. Und sie ist fast überall abgreifbar. Sonnenstrahlen machen demnach nicht nur am Strand glücklich, weil sie wärmen und die Haut bräunen, sie bergen genug Potenzial in sich, um wirtschaftlich bedeutsam zu sein.

Die Photovoltaik, also die Technik, mit der die Sonnen- in elektrische Energie umgewandelt wird, ist ausgereift. Immer mehr Hausdächer werden mit Solarstrom-Anlagen ausgerüstet. Doch es könnten noch viel mehr sein, sagt Dr. Olav Vollstedt. Aus dieser Überlegung wurde eine Geschäftsidee: „ProBürgerSolar“. Die Umsetzung ist ganz einfach: Bürger schließen sich zusammen, gründen eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (oder wählen eine andere Rechtsform), schließen mit einer Kommune einen Vertrag, mit dem das Nutzungsrecht einer bestimmten Dachfläche geregelt wird und zahlen einen oder mehrere Geschäftsanteile auf ein Konto ein. Ist ein Eigenkapital von 25 Prozent erreicht, wird der Rest über ein Darlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aufgenommen. Ist der Bau der Solaranlage fertiggestellt, kann also mit der Stromproduktion begonnen werden, fließt das investierte Geld langsam aber sicher an die Gesellschafter zurück. Mehr noch: Das Engagement soll den Investoren mit einer kräftigen Rendite versüßt werden (siehe Info-Kasten). Dr. Vollstedt erläuterte, wie das funktioniert:

Der Gesetzgeber hat die Stromversorger über das Energieeinspeisegesetz (EEG) verpflichtet, alle Solarstromanlagen an das Netz anzuschließen. Ferner muss der gesamte Solarstrom abgenommen und zu einem festen Satz über 20 Jahre hinweg vergütet werden. Der erzeugte Solarstrom kann zu einem Preis verkauft werden, der höher als der Steckdosenpreis liegt. Daher die Rendite. Was die Versorger ärgert, freut den Investor. Es gibt, so Dr. Vollstedt, landesweit bereits sechs „ProBürgerSolar“-Gesellschaften, die elf große Anlagen betreiben. In Tornech, davon hat sich der Projektleiter überzeugt, gibt es genug Potenzial für eine weitere Betreibergesellschaft.

Zwei Dachflächen mit ausgeprägter Südlage können demnach genutzt werden. Einmal die Mehrzweckhalle von Gerhard von Hellms am Schäferweg, zum anderen das Rathaus an der Wittstocker Straße. Dr. Vollstedt hat ausgerechnet, dass rund 400000 Euro Kapital beschafft werden müssten, davon 100000 Euro von interessierten Bürgern.

Weil es Sinn mache, die Geschäftsanteile in einer Größenordnung von 1300 Euro auszugeben, müssten sich 76 Bürger finden, die „Ja“ sagen zu „ProBürgerSolar“. Die Stadt hatte sich schon vor einigen Monaten bereiterklärt, mit einem Kapital in Höhe von maximal 20000 Euro dabeizusein, falls nicht genug Interessenten gefunden werden könnten.

Doch der Projektleiter gab sich überzeugt: In der Regel seien die Projekte überzeichnet. Heißt: Es finden sich mehr Interessierte, als benötigt werden.

Informationen gibt es im Rathaus und bei den Tornescher Stadtwerken. Die Initiative kann über das Internet „www.pro-buerger-solar.de“ erreicht werden.

Dr. Olav Vollstedt ist telefonisch unter 0431/3803480 zu erreichen.

"BÜRGERSOLAR" – WAS IST DAS?"

Tornesch (pl). Der Klimaschutz und die untrennbar damit verbundene Energiewende müssen gleichzeitig auf drei Ebenen ablaufen, sagte Dr. Olav Vollstedt, Projektleiter von „ProBürgerSolar“. Energie müsse demnach eingespart, effizienter eingesetzt und vor allem regenerativ erzeugt werden. Die Sonnenenergie nehme, so der Projektleiter während der Umweltausschusssitzung, die zentrale Position unter allen regenerativen Energiequellen ein. Aufgrund des in ihr steckenden ungeheuren Energiepotentials und ihrer vielfältigen dezentralen Einsatzmöglichkeiten, liefere die passive und aktive Nutzung der Sonnenenergie einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz. Ein besonders effektives Instrument zur stärkeren Nutzung der Sonnenenergie seien die „Bürgersolaranlagen“. Dabei gilt folgendes Konzept: Engagierte Bürger gründen eine Betreibergesellschaft, mieten ein Dach an, kaufen günstig eine große Photovoltaikanlage und lassen diese sodann auf dem angemieteten Dach installieren. Der produzierte Strom wird in das öffentliche Netz eingespeist und vom Netzbetreiber zwanzig Jahre lang (plus Startjahr) auf der Basis des EEG vergütet. Die Rendite – Dr. Vollstedt benannte eine Größenordnung zwischen sechs und acht Prozent – fließt den Gesellschaftern zu.

nordClick/uena vom 21.05.2009 20:41

